

Halle und Saalkreis.

Halle, den 27. Mai 1925.

Der Straßenbahnerstreik.

Die Streiklage ist noch unverständlich. Das Fahrpersonal sieht nicht geschlossen im Kampfe. Mit Hilfe der von uns schon getrennt erwähnten Beamten, die somit als Kontrollorgane der Straßenbahn beschäftigt werden, aber aus dem Fahrpersonal hervorgegangen sind, wird der Betrieb der Linien 5 und 7, sowie der Linie 4 auf der Strecke Mittelriethstraße - Riechplatz allerdings vorläufig aufrechterhalten. Die wenigen Mann, die dabei in Frage kommen, können aber, wie gesagt, die Streikenden nicht annehmend erleben, und ihre Stärke haben auch ihre Grenzen. So verhalten die Direktion getrennt mit uns dem nicht mitreisenden Fahrpersonal Anknüpfungspunkte zur Lösung der Streikfrage zu gewinnen, aber nur ein kleiner Teil fand sich bereit, dem Fahrpersonal ebenfalls in den Rücken zu fallen. Anknüpfungspunkte wurde der Fahrdienst getrennt abends schon früher beendet, als der Fahrplan vorsieht. Die Linie 7, die sonst noch bis nach 1 Uhr verkehrt, war schon um 11 Uhr nicht mehr im Betrieb.

Die Direktion hofft nun, durch die Drohung, wer bis heute mittags die Arbeit nicht wieder aufnimmt, sei als entlassen zu betrachten, die geschlossene Front der Streikenden zu durchbrechen. Zu dieser heillosen Zeit ist es, wie sich in Halle herausstellte, noch der Stimmung zu urteilen, die in der Versammlung der Streikenden getrennt abends im Volkspark stattfand, dürfte sich die Direktion berechnen können. In dieser Versammlung, die wohl teils alle Streikenden betraf, gab der Vertreter des Verkehrsvereins, Genosse Schumann, einen Bericht über die getrennt in Magdeburg von den hiesigen Schlichter stattgefundenen Verhandlungen. Er teilte mit, daß der Schlichter

die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts abgelehnt hat, und zwar deswegen, weil Meinungsverschiedenheiten unter den Parteien über die Auslegung des Schiedsgerichts beständen. Ob die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts erfolgen kann, muß die Rechtschlichterstelle in Magdeburg, die den Schiedsgerichts gefällt hat, nochmals zusammenzutreten, um ihren Spruch klarzulegen. Bis dahin hat die Arbeiterkommission keine Hand und wird versuchen, ein günstigeres Resultat als das im Schiedsgericht niedergelagerte herauszuholen. Für heute vorhin wurden teils des Verkehrsvereins vom Magistrat erneut 2000 Reichsmark angesetzt. Der Magistrat hat aber noch keine Meinung dazu bekannt und verhandelt sich hinter der Aushilfe, daß er ohne Genehmigung des kommunalen Arbeitgeberverbandes nicht verhandeln könne. Daraus wird der Streik natürlich nur verlängert.

Das Schiedsgericht der Streikenden hat nunmehr dem Fahrpersonal aus noch bekannter Ursache geantwortet, indem die Direktion erklärt hat, daß der Sommerfahrplan sich ebenfalls nicht ändern könne und der Winterfahrplan wieder eingeführt werde, wodurch an sich einige Leute des Fahrpersonals überflüssig würden. Die Forderungen der Streikenden sind entweder hinsichtlich der Forderung der Sommerfahrplan über Winterfahrplan hat doch mit dem Streik gar nichts zu tun, oder will die Direktion etwa glauben machen, daß sie den noch ihrer Ansicht unrentablen Sommerfahrplan nur eingeführt habe, um Arbeitskräfte einzustellen? Wir möchten die Straßenbahnenverwaltung mit allem Nachdruck darauf aufmerksam machen, daß die Straßenbahnen ein Betriebsunternehmen sind und in erster Linie dem Betrieb der Straßenbahn dienlich sein müssen, was auch die Einkünfte darüber, ob einige Straßenbahn wieder aus dem Verkehr herausgezogen werden sollen, nicht bei der Straßenbahndirektion allein liegen.

Dem Magistrat empfehlen wir aber, sich so schnell wie möglich in Verhandlungen einzulassen, denn sonst könnte es eintreten, daß die hiesigen Straßenbahnen aus dem Straßenbahnerstreik herauszufallen und die hiesigen Straßenbahnen sind, ist schon daraus ersichtlich, daß die Straßenbahnen in Berlin, deren Löhne wesentlich höher sind als die hiesigen, ebenfalls neue Forderungen einbringen haben, über die am Donnerstag entschieden wird. Auch die hiesigen Straßenbahner wollen bei Mäßigung ihrer Forderungen in den Streik treten. Wichtigste Forderungen liegen uns auch aus anderen Städten vor, meistens aus dem Ruhrgebiet, ein Zeichen, daß die deutschen Straßenbahnen überall das Streikrecht als die beste Gelegenheit betrachten, um ihre Forderungen durchzusetzen. Warum soll denn auch der Arbeiter nicht ebenso die Zeit nutzen und der Unternehmer, der Kraft seiner wirtschaftlichen Macht Preise diktiert, die das Publikum bezahlen muß, ob es will oder nicht?

Die hiesige Presse in Halle scheint allerdings anderer Meinung zu sein. Kein einziges dieser Blätter, weder die „Halleische Zeitung“, noch die „Allgemeine Zeitung“, noch die „Halleischen Nachrichten“ treten für die berechtigten Forderungen der Straßenbahner ein. Im Gegenteil, die „Halleische Zeitung“ hat den Streik noch bedauernd zu beschreiben, indem sie ihn als einen „wilden“ bezeichnet und erklärt, dieser Streik sei weiter nichts als „eine Folge des sozialdemokratischen Stadtbürgermeisters Schumann“. Das sollte der Fall des Sozialdemokraten doch einmal in einer Versammlung der hiesigen Arbeiter sein, die ihnen ausgedehnten Rechte der Straßenbahnenverwaltung abzurufen, die selbstverständlich nur den Arbeitgeberverbanden verziehen.

Der „Klassenkampf“ verhält sich natürlich wieder, als ob er allein vorhanden ist, während der Streikenden hinterlassen. Dabei ist er so selbständig wie nur möglich. Nachdem er sich aus unserem Montag-Artikel einige Sätze herausgeholt und sie mit seiner Ecke besprochen hat, stellt er seinerseits gleich wieder neue Forderungen auf, für die die Streikenden kämpfen müßten. Die Streikenden werden sich jede Vernehmung aus der Vernehmung von Außenseitern nicht weihen. Geradezu lächerlich ist der Antrag der kommunalistischen Stadtbürgermeisterschaft an den Stadtbürgermeister, sofort eine Stadtbürgermeisterkonferenz einzuberufen, um zu den Forderungen der Straßenbahner Stellung genommen werden soll. Die Herren Müller, Günther und Härtel glauben doch selbst nicht daran, daß diese Stadtbürgermeisterkonferenz etwas für die Straßenbahner übrig hat. Und wenn das wirklich noch der Fall sein würde, dann würde die hiesige Magistrat doch nicht gefällig sein, die hiesigen Arbeiter, die sich nicht gefällig, nicht helfen. Das Ganze ist also nur wieder ein kommunistischer Versuch, aus jeder Blüte Gung zu machen. Für die Streikenden selbst kommt dabei gar nichts heraus. Für sie Leibel ist es doch, ihre wirtschaftliche Macht mit Hilfe ihrer Gemeinlichkeit auszureizen, um sich erträglicher Lebensbedingungen zu erkämpfen. Besser ist es doch, wenn sie sich erziehen und zusammen mit dem Hungerlohn arbeiten, die ihnen höherwertige Vertreter kapitalistischer Interessen zubilligen.

Gemeindevorteil über Solidarität!

Um alle Möglichkeiten zu heiligen, sollen wir alle in den hiesigen Betrieben Beschäftigten auf jegliche Arbeit bei der Straßenbahn abzugeben. Der Kampf der Straßenbahner ist auch unser Kampf, wir haben freigelegte Solidarität zu üben. Der Streik wird von den tarifgebenden Parteien aus durchgeleitet und hat alle nicht bei der Straßenbahn Beschäftigten von der Streikarbeit ferngehalten. Die Verwaltung der hiesigen Straßenbahn hat uns erklärt, daß von uns keine Hilfe zum

nicht herangeholt werden können. Es wird nun vom Magistrat versucht, auf andere hiesigen Betrieben und Beschäftigten Leute zum Streikens abzumuntern. Wir legen bezügliche Beschlüsse auf das entsprechende. Ein hiesiger Arbeiter kann zu dieser Arbeit gewonnen werden.

Städtische Arbeiter! Lebt Disziplin und Solidarität! Verbannt der Gemeindevorteil und Staatsarbeiter.

Arbeiterwohlfahrt.

Die Helferinnen werden gebeten, die Briefen der Kinder, die nach Weimarer gehen, in den allerzuerst Tagen im Briefkorb abzugeben.

Viel Geschrei und wenig Wolle.

Wird dem Magdeburger Arbeiterwohlfahrtsratem geht es nicht mehr „langsam, aber sicher“, sondern mit rasender Geschwindigkeit in den Wagnis. Die einst so schmerzlichen Sitzungsanfragen sind längst verhallen, ebenso wie die Stenogrammisten der hiesigen Arbeiter, die denen der Magdeburger nicht noch seine Wirkung ausstrahlen vermochte. Berechtig ist man im hiesigen Arbeiterwohlfahrtsratem, S. nach einer Meldung über das Ergebnis der Landtagswahlen, die am vergangenen Sonntag in Überburg stattfanden. Freilich! Wenn die Wähler in solchen Wahlen der SPD „auftraten“, daß sie die drei hiesigen Abgeordneten von der Wählerliste einfach fortsetzten, dann soll man auch nach den Wut aufbringen, seiner Christenpflicht zu genügen. Ein solches, einem vollkommenen Zusammenbruch gleichkommendes Wahlergebnis demag ist ein „Klassenkampf“-Schreiber nicht in einem kommunistischen Stig umzufragen. Der Herrschel dieser „einigen Arbeiterpartei“ ist offensichtlich. Letztliche Maßnahmen, sogenannte Wagnis sollen nun diesen Herrschel aufhalten, erweisen sich aber hinterher stets als große Fehleiten, die ihn noch beschleunigen. Die größte war die in der hiesigen Arbeiterwohlfahrt für die Überburg. Sie gibt dieser Unheilbringer den Rest. Ihre Maßnahmen erweisen sich als ihrem Zweck, haben der Mann der Monarchisten im Präsidentenwahl der Republik und letzten den „Kommunisten“, die das beschuldigt haben, den Wähler.

So drängt denn das hiesige Unheil, genannt SPD, zusammen viele Witter in der Sonne. Nicht nur in Überburg, nein überall, auch — oder vielmehr ganz besonders — im Bezirk Halle-Merzbürg, dem „toten Herzen“, wie man früher einmal, als Magdeburger Arbeiterwohlfahrtsratem die Einheit der Arbeiterwohlfahrt der SPD „auftraten“, daß sie die drei hiesigen Abgeordneten von der Wählerliste einfach fortsetzten, dann soll man auch nach den Wut aufbringen, seiner Christenpflicht zu genügen. Ein solches, einem vollkommenen Zusammenbruch gleichkommendes Wahlergebnis demag ist ein „Klassenkampf“-Schreiber nicht in einem kommunistischen Stig umzufragen. Der Herrschel dieser „einigen Arbeiterpartei“ ist offensichtlich. Letztliche Maßnahmen, sogenannte Wagnis sollen nun diesen Herrschel aufhalten, erweisen sich aber hinterher stets als große Fehleiten, die ihn noch beschleunigen. Die größte war die in der hiesigen Arbeiterwohlfahrt für die Überburg. Sie gibt dieser Unheilbringer den Rest. Ihre Maßnahmen erweisen sich als ihrem Zweck, haben der Mann der Monarchisten im Präsidentenwahl der Republik und letzten den „Kommunisten“, die das beschuldigt haben, den Wähler.



Damen-Strümpfe Kunstseide mit Florrand und Florstühle in verschiedenen Farben ... Paar 1,65	1,35	Damen-Schlüpfer Seidentrikot, in allen mod. Farben, ohne Fehler 3,75	3,75	Badehandtuch aus pa. Kräuselstoff, mit Kante 90	90
Herren-Socken Baumwolle, gute Qualität, m. verstärkter Ferse u. Spitze, schwarz u. buntfarbig Paar 0,75	65	la Schweizer Voll-Voile ca. 115 cm breit Meter 1,90	1,90	Badelaken aus la Frottestoff, mit bunter Kante 100/150 5,25 100/100 2,50	2,50
Damen-Hemdchen Seidentrikot, mod. Farben, ohne Fehler	5,25	Perkal 80 cm breit, für Oberhemden, in modernen Streifen Meter 0,88	78	Bade-Anzug schwarz mit buntem Besatz, gute Qualität schöne Form 2,25	2,25

BRUMMER **BENJAMIN**
 H A L L E • G I S S E N • W I L R I C H S T R . 2 2 - 2 4 • R A N N I S C H E R P L A T Z

Polenbezug sei es, daß es die Partei verhandelt habe, das ...

Wegen eines Beschlusses ...

Eine Glotzertragung in Römern.

In der am Montag abgehaltenen Stadterweiterung ...

Ammer. In der Kreislehrerkonferenz sprach Stadtrat ...

Brachfeld. Republikanischer Abend. Der von der ...

Aus der Provinz.
Eröffnung der Zuderausstellung in Magdeburg.

Am Sonnabendvormittag fand in Magdeburg durch ...

Die Judenfrage der 74er.

Wieder ein Anlauf zum großen Tag, und zwar diesmal die ...

Gelehrten. Das 'soziale Empfinden' der Herren ...

Wittelsch. Eblischer Unfall. In der Wähe von ...

Wittelsch. Eblischer Unfall. In der Wähe von ...

Wittelsch. Eblischer Unfall. In der Wähe von ...

Wittelsch. Eblischer Unfall. In der Wähe von ...

Wittelsch. Eblischer Unfall. In der Wähe von ...

Wittelsch. Eblischer Unfall. In der Wähe von ...

Wittelsch. Eblischer Unfall. In der Wähe von ...

Wittelsch. Eblischer Unfall. In der Wähe von ...

Wittelsch. Eblischer Unfall. In der Wähe von ...

Wittelsch. Eblischer Unfall. In der Wähe von ...

Wittelsch. Eblischer Unfall. In der Wähe von ...

Wittelsch. Eblischer Unfall. In der Wähe von ...

Wittelsch. Eblischer Unfall. In der Wähe von ...

Wittelsch. Eblischer Unfall. In der Wähe von ...

Wittelsch. Eblischer Unfall. In der Wähe von ...

Wittelsch. Eblischer Unfall. In der Wähe von ...

130 Prozent Friedensliste gefordert.

Der Reichsbund Deutscher Arbeiter schreibt uns: Der ...

Die Schulfrage. In zahlreichen Blättern wurden ...

71 Jahre alte Frau beim Überfahren der Weierberger ...

Soziale Gerichtshilfe.

Die erste deutsche Tagung über Gerichtshilfe für Erwachsene.

Unter Vorsitz des Direktors der Universität Prof. D. von ...

In seinen einleitenden Worten hob Prof. von Dohbiß ...

Die erste deutsche Tagung über Gerichtshilfe für ...

Die erste deutsche Tagung über Gerichtshilfe für ...

Die erste deutsche Tagung über Gerichtshilfe für ...

hülle ist für beide heilfam. Dem Richter wird die ...

Die erste deutsche Tagung über Gerichtshilfe für ...

Die erste deutsche Tagung über Gerichtshilfe für ...

Die erste deutsche Tagung über Gerichtshilfe für ...

Die erste deutsche Tagung über Gerichtshilfe für ...

Die erste deutsche Tagung über Gerichtshilfe für ...

Der gesellschaftliche Warenbezug ist der günstigste!

Advertisement for Adler-Cigaretten featuring the brand name 'ADLER' and 'im gelben Gewande'.

